



Jahresbericht aus dem Kantonsrat 2025

Kantonsratsbericht 2025 – Highlights

Im Kantonsrat standen im vergangenen Jahr zentrale sozial-, verkehrs-, sicherheits- und wohnpolitische Fragen im Zentrum. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war dabei stets entscheidend, dass die Interessen der breiten Bevölkerung im Vordergrund stehen, nicht Steuergeschenke für wenige, nicht einseitige Prestigeprojekte und nicht der Abbau von Grundrechten.

Kinderspital-Areals

Ein Geschäft, das für unseren Wahlkreis besonders relevant ist und das ich seit mehreren Jahren als Erstunterzeichnerin begleite, betrifft die (Zwischen)nutzung des alten Kinderspital-Areals am Zürichberg.

Bereits 2017 habe ich mit einer Anfrage auf die Problematik hingewiesen. 2023 folgte eine Motion, die leider keine Mehrheit fand. 2024 konnten wir dann mit einem dringlichen Postulat knapp eine Mehrheit im Kantonsrat erreichen.

Seit dem Wegzug des Kinderspitals steht dieses grosse Areal leer, während in der Stadt Zürich bezahlbarer Wohnraum und Unterbringungsmöglichkeiten für verschiedene Bevölkerungsgruppen dringend fehlen. Wir haben deshalb verlangt, dass der Regierungsrat ernsthaft prüft, ob das Areal vor einer späteren definitiven Überbauung zwischengenutzt werden kann, insbesondere für Studierende oder für die Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden.

Der Vorstoss wurde im Kantonsrat knapp überwiesen. Damit wurde der Regierungsrat verpflichtet, einen Bericht vorzulegen und die Möglichkeiten einer solchen Zwischennutzung vertieft zu prüfen. Inzwischen prüft der Regierungsrat nun konkret eine Zwischennutzung in mehreren Gebäuden des ehemaligen Spitals. Das ist ein wichtiges Signal. Denn aus unserer Sicht darf ein so grosses Areal an zentraler Lage nicht über Jahre brachliegen, während gleichzeitig Wohnungsnot herrscht und dringend Flächen für soziale Nutzungen fehlen. Gerade im Kreis 7 ist die Frage, wie öffentlicher Boden genutzt wird, von grosser Bedeutung. Es geht dabei nicht nur um Planung, sondern auch um soziale Verantwortung, um eine lebendige Quartierentwicklung und um die Frage, wem die Stadt letztlich dienen soll.

Dass eine sofortige definitive Umzonung in Wohnraum politisch keine Mehrheit fand, ist enttäuschend. Umso wichtiger ist es, wenigstens eine sinnvolle Zwischenutzung durchzusetzen und damit zu verhindern, dass das Areal in einen jahrelangen Stillstand verfällt. Für mich zeigt dieses Geschäft exemplarisch, wie wichtig hartnäckiges politisches Dranbleiben ist: Fortschritte entstehen oft nicht auf einen Schlag, sondern Schritt für Schritt.

Krankenkassenprämien

Ein wichtiges Thema im Kantonsrat war die Entlastung der Bevölkerung bei den Krankenkassenprämien. Dank eines SP-Vorstosses konnte im Kantonsrat eine Erhöhung der Prämienverbilligungen erreicht werden. Auch wenn der gefundene Kompromiss hinter unseren ursprünglichen Forderungen zurückbleibt, bedeutet er doch eine spürbare Verbesserung für viele Haushalte. Gerade angesichts ständig steigender Mieten und Krankenkassenprämien war dieses Signal wichtig: Der Kanton muss die Kaufkraft der Menschen stärken, statt untätig zuzuschauen.

Geschlechtsspezifischer Gewalt

Ebenfalls klar positioniert hat sich die SP bei der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. Noch immer fehlt es an genügend Schutzplätzen, barrierefreien Angeboten, Präventionsarbeit und verlässlichen Daten. Besonders betroffen sind Frauen und queere Menschen mit Behinderungen, die mehrfachen Diskriminierungen ausgesetzt sind. Hier braucht es endlich griffige Massnahmen und die nötigen finanziellen Mittel, damit Schutz und Unterstützung nicht vom Zufall abhängen.

Flughafen Zürich

Ein weiteres wichtiges Thema war die Nachtruhe rund um den Flughafen Zürich. Die SP stellte sich hinter den Gegenvorschlag zur Flughafen-Nachtruhe-Initiative. Für uns ist klar: Die Bevölkerung in den betroffenen Regionen hat Anspruch auf wirksamen Schutz vor nächtlichem Fluglärm. Gleichzeitig braucht es mehr Transparenz bei Verspätungen und eine stärkere politische Kontrolle über die Entwicklung des Flughafens. Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht systematisch



über den Schutz von Mensch, Gesundheit und Klima gestellt werden.

Steuerfuss

Scharf kritisiert haben wir zudem die Prioritätensetzung des Regierungsrats. Nachdem der Steuerfuss um 3% gesenkt wurde und dem Kanton dadurch mittelfristig erhebliche Mittel fehlen, bleiben wichtige Investitionen in den öffentlichen Verkehr, in Bildung und in den Umweltschutz liegen. Diese bürgerliche Finanzpolitik ist kurzsichtig und läuft den tatsächlichen Bedürfnissen des Kantons zuwider.

Teilrevision des Polizeigesetzes

Besonders problematisch war aus unserer Sicht auch die Teilrevision des Polizeigesetzes. Die Vorlage schafft keine überzeugende Verbesserung der Sicherheit, öffnet aber der massiven Ausweitung staatlicher Überwachung Tür und Tor. Gerade die unklaren Regeln zur Informationsbeschaffung im virtuellen Raum, zum Einsatz von KI-Analysesystemen und zum Datenaustausch sind aus grund- und datenschutzrechtlicher Sicht hoch problematisch. Die SP hat sich hier klar gegen eine Entwicklung gestellt, die Freiheitsrechte

aushöhlt, ohne einen nachweisbaren Nutzen zu bringen.

Solidaritätsbeiträge für Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen

Unterstützt haben wir hingegen die kantonalen Solidaritätsbeiträge für Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981. Diese Beiträge sind mehr als eine finanzielle Unterstützung: Sie sind ein Zeichen der Anerkennung des erlittenen Unrechts. Dass Betroffene im Kanton Zürich endlich gleichbehandelt werden und die Aufarbeitung mit den nötigen Ressourcen erfolgen soll, ist ein wichtiger und längst überfälliger Schritt.

Insgesamt hat das Jahr 2025 im Kantonsrat deutlich gemacht, worum es uns als SP geht: um soziale Sicherheit, den Schutz von Grundrechten, Investitionen in den öffentlichen Verkehr und in eine starke öffentliche Grundversorgung, eine solidarische Gesellschaft und einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichem Raum. Gerade in politisch angespannten Zeiten braucht es diese klare Haltung.

Im März 2026,
Isabel Bartal



Sozialdemokratische Partei
Zürich 7 und 8